

Protokoll 62. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 11. September 2019, 17.00 Uhr bis 20.15 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Heinz Schatt (SVP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Mark Richli (SP)

Anwesend: 118 Mitglieder

Abwesend: Monika Bättschmann (Grüne), Martin Götzl (SVP), Hans Jörg Käppeli (SP), Guy Krayenbühl (GLP), Matthias Probst (Grüne), Zilla Roose (SP), Elisabeth Schoch (FDP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|--------------------------|--|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2019/350 | * Weisung vom 28.08.2019:
Sozialdepartement, Verein Zürcher Stadtmission, Café Yucca,
Beiträge 2020–2023 | VS |
| 3. | 2019/354 | * Weisung vom 04.09.2019:
Motion der SP-, SVP-, Grüne-, GLP-, AL- und CVP-Fraktionen
betreffend Aushandlung eines neuen Basislandwerts mit der AG
Hallenstadion unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit und
der neuen Nutzung auf den Auszugstermin des ZSC, Bericht
und Abschreibung | FV |
| 4. | 2019/314 | * Postulat von Elisabeth Schoch (FDP), Yasmine Bourgeois (FDP)
und 16 Mitunterzeichnenden vom 03.07.2019:
Einbezug der Bevölkerung bei der Gestaltung des städtischen
Raums und städtischer Prozesse mittels smarter Lösungen | STP |
| 5. | 2019/315 | * Postulat von Elisabeth Schoch (FDP), Yasmine Bourgeois (FDP)
und 17 Mitunterzeichnenden vom 03.07.2019:
Förderung der digitalen Kompetenz der Bevölkerung und der
Unternehmen im Rahmen der Smart City Strategie | FV |
| 6. | 2019/317 | * Postulat von Elisabeth Schoch (FDP), Yasmine Bourgeois (FDP)
und 16 Mitunterzeichnenden vom 03.07.2019:
Bereitstellen der notwendigen Daten und Ressourcen im Rah-
men der Smart City Strategie mit der Zielsetzung einer zukunfts-
weisenden Infrastruktur | STP |
| 7. | 2019/184 | Bericht der Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsfrau)
für das Jahr 2018 | OMB |

- | | | | | |
|-----|--------------------------|-----|--|-----|
| 8. | 2019/236 | | Bericht des Datenschutzbeauftragten für das Jahr 2018 | DSB |
| 10. | 2018/376 | E/A | Postulat von Martin Götzl (SVP) und Thomas Schwendener (SVP) vom 26.09.2018:
Nutzbarmachung des Gebiets «Gugel/Hürst» in Zürich-Seebach für Sporttreibende | VSS |
| 11. | 2018/383 | A | Postulat der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 03.10.2018:
Schaffung eines Angebots an Waldkindergärten in allen Schulkreisen der Stadt | VSS |
| 12. | 2018/386 | E/T | Postulat von Thomas Schwendener (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom 03.10.2018:
Erweiterung der Sportanlage Eichrain mit zusätzlichen Garderoben, Duschen und einer Flutlichtanlage | VSS |
| 13. | 2018/414 | E/A | Postulat von Yasmine Bourgeois (FDP), Corina Ursprung (FDP) und 12 Mitunterzeichnenden vom 31.10.2018:
Integration von Seniorinnen und Senioren in die Betreuung von Klein- und Schulkindern | VSS |
| 14. | 2018/439 | | Interpellation von Pascal Lamprecht (SP) und Urs Helfenstein (SP) vom 14.11.2018:
Raumbedarfsstrategie Sport, Übersicht über die offiziell in der Stadt betriebenen Sportarten, der Sportanlagen und der Auslastung dieser Anlagen sowie Angaben betreffend die stadtinternen Abläufe bei der Bedarfsanmeldung und die Kompetenzverteilung innerhalb der Verwaltung | VSS |
| 15. | 2018/469 | E/T | Postulat von Isabel Garcia (GLP) und Markus Baumann (GLP) vom 28.11.2018:
Erweiterung des Betriebskonzepts des Letziggrund-Stadions auf die Mannschafts-Rasensportarten American Football und Rugby | VSS |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Der Ratspräsident gibt den Hinschied von Alt-Gemeinderatspräsident Heiri Gross (SP) bekannt und verliest einen Nachruf auf den Verstorbenen.

Der Gemeinderat erhebt sich für eine Schweigeminute.

Der Ratspräsident drückt sein Beileid aus.

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1637. 2019/377

**Erklärung der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktion vom 11.09.2019:
Behördeninitiative zum Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer
mit einer Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung**

Namens der SP-, Grüne-, GLP- und AL-Fraktion verlesen Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Katharina Prelicz-Huber (Grüne), Shaibal Roy (GLP) und Christina Schiller (AL) folgende Fraktionserklärung:

Es ist Zeit!

Mit seiner heute beschlossenen Behördeninitiative beweist der Stadtrat, dass er es ernst meint mit der Forderung nach mehr politischer Teilhabe in unserer Stadt. Die Initiative verlangt vom Kanton, dass er den Gemeinden die Möglichkeit gibt, Ausländerinnen und Ausländern mit einer Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung das Stimm- und Wahlrecht zu erteilen, wenn sie seit zwei Jahren hier leben. Das unterstützen wir, die Fraktionen der SP, Grünen, GLP und AL ausdrücklich und nicht erst jetzt. Über die letzten Jahre haben wir im Gemeinderat beispielsweise bereits die Einführung einer AusländerInnen-Initiative nach dem Berner Modell als Instrument für die Mitwirkung von AusländerInnen gefordert, was sich jedoch aufgrund der aktuellen Rechtslage als nicht umsetzbar erwies, und schliesslich in der Lancierung eines Beschlussantrags zur Einführung eines Bevölkerungsantrags für Jugendliche und AusländerInnen mündete. Die Anliegen konnten stets breite parlamentarische Mehrheiten gewinnen. Wir freuen uns, dass der Stadtrat dies nun mittels Behördeninitiative weiterverfolgt und wünschen uns diesen Mut auch für andere Geschäfte in diesem Bereich.

Heute hat mehr als ein Drittel der über 18-jährigen Bewohnerinnen und Bewohner Zürichs aufgrund ihres Passes kein Stimmrecht zahlt aber genauso Steuern. In der Altersgruppe der 30-39-Jährigen sind es sogar 50 Prozent. Das bedeutet: Die Hälfte der Angehörigen dieser grössten Altersgruppe Zürichs ist ausgeschlossen vom politischen Prozess. Sie hat keine Stimme, wenn es darum geht, wie die Schule ihrer Kinder organisiert, die Strassen ihrer Quartiere bewirtschaftet oder der Strom ihrer Wohnungen erzeugt sein sollen. Sie können möglicherweise in unterschiedlichen Gremien mitreden, haben aber nicht das Recht, mitzubestimmen. Das Mitbestimmungsrecht allein an die Staatsbürgerschaft und so lange Wohnsitzfristen zu knüpfen, wird dem heutigen Mobilitätsverhalten nicht gerecht und resultiert in einem massiven Demokratiedefizit.

Politische Teilhabe ist im demokratischen Prozess ein hohes Gut. Teilhabe an den demokratischen Entscheidungen fördert nicht nur die Identifikation mit der Gemeinschaft, zu der jemand gehört, und dient daher der Integration. Sie stellt auch ein Grundrecht dar, das nicht als Privileg verstanden werden darf, dem man sich erst würdig zu erweisen hätte. Demokratie bedeutet im Grundsatz, dass diejenigen, die von politischen Entscheidungen betroffen sind, sich zu diesen auch äussern können. Umso bedeutsamer ist es, die Demokratie in unserem Land – derer wir uns so gerne rühmen – endlich zu stärken, indem wir Menschen ausländischer Herkunft nicht länger systematisch von der demokratischen Mitsprache ausschliessen.

Mit seiner Behördeninitiative macht der Stadtrat einen ebenso pragmatischen wie wohlbegründeten Vorschlag:

- Die Gemeindeautonomie würde gewahrt, indem jede Gemeinde frei bliebe zu entscheiden, ob sie das Stimmrecht gewährt oder nicht. Realpolitisch ist dieser Ansatz wohl nach wie vor richtig – wir hoffen aber, dass sich auch andere Gemeinden entscheiden werden, mehr Partizipation zu ermöglichen.
- Mit einer Wohnsitzfrist von zwei Jahren hält der stadträtliche Vorschlag die Hürden für das Stimmrecht tief, ohne bürokratisch komplizierte Verfahren für Menschen zu erfordern, die ein modernes Mobilitätsverhalten aufweisen.

Wir, die Fraktionen von SP, Grünen, GLP und AL begrüessen die Behördeninitiative des Stadtrats und danken ihm dafür, dass er diesen Weg einschlägt. Vom Kantonsrat erwarten wir, dass er eine mehrheitsfähige Grundlage dafür schafft, dass die Kantonsbevölkerung in einer Volksabstimmung dem Stimmrecht für Ausländerinnen und Ausländer zustimmen kann.

Es ist Zeit für mehr Partizipation und eine breiter abgestützte Demokratie!

1638. 2019/378**Erklärung der SVP-Fraktion vom 11.09.2019:
Ausländerwahlrecht: Nie und nimmer!**

Namens der SVP-Fraktion verliest Roger Bartholdi (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Ausländerwahlrecht: Nie und nimmer!

Der Stadtrat fordert mit einer Behördeninitiative eine entsprechende Anpassung der Kantonsverfassung und fordert das Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer auf kommunaler Ebene einzuführen. Der Stadtrat von Zürich ignoriert einmal mehr einen Volksentscheid.

Leider gehört es zur Tagesordnung, dass Volksentscheide nicht mehr akzeptiert oder nicht umgesetzt werden. Beispiele dafür gibt es genügend.

Erst am 22.9.2013 wurde die Kantonale Volksinitiative "für mehr Demokratie" (fakultatives Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer auf Gemeindeebene) klar abgelehnt. Die Initiative konnte nicht einmal jede vierte Person begeistern. Auch die Stadt Zürich lehnte das Volksbegehren mit über 60% der Stimmen klar ab. Deshalb gibt es keinen ersichtlichen Grund, dass der Stadtrat von Zürich eine solche Forderung nun stellt.

Wer als Ausländer an den Wahlen und Abstimmungen teilnehmen möchte, soll sich zuerst integrieren und einbürgern lassen. Die Hürden dazu sind, aus Sicht der SVP, nicht allzu hoch.

Am 28. November 2010 hat das Schweizer Volk die Ausschaffungsinitiative der SVP angenommen. Gleichzeitig hat es (sowie alle Stände!) den Gegenvorschlag des Parlamentes abgelehnt. Dieser sah einen Integrationsartikel in der Bundesverfassung vor. Dieser hätte festgelegt, dass Bund, Kantone und Gemeinden „bei der Erfüllung ihrer Aufgaben die Anliegen der Integration“ zu berücksichtigen hätten. Mit der Ablehnung dieses Artikels hat sich das Volk klar gegen das Konzept der Integration als Staatsaufgabe ausgesprochen.

Die SVP bedauert, dass der Volkswille "kein Wahl- und Stimmrecht für Ausländer" missachtet wird, aber freut sich auf den allfälligen Abstimmungskampf, welcher die SVP einmal mehr gewinnen wird. Die Bürgerinnen und Bürger werden sich aber nach erfolgter Abstimmung fragen: Wieso immer wieder über ausichtslose Forderungen abstimmen?

G e s c h ä f t e**1639. 2019/350****Weisung vom 28.08.2019:****Sozialdepartement, Verein Zürcher Stadtmission, Café Yucca, Beiträge 2020–2023**

Zuweisung an die SK SD gemäss Beschluss des Büros vom 10. September 2019

1640. 2019/354**Weisung vom 04.09.2019:****Motion der SP-, SVP-, Grüne-, GLP-, AL- und CVP-Fraktionen betreffend Aushandlung eines neuen Basislandwerts mit der AG Hallenstadion unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit und der neuen Nutzung auf den Auszugstermin des ZSC, Bericht und Abschreibung**

Zuweisung an die SK FD gemäss Beschluss des Büros vom 10. September 2019

1641. 2019/314

Postulat von Elisabeth Schoch (FDP), Yasmine Bourgeois (FDP) und 16 Mitunterzeichnenden vom 03.07.2019:

Einbezug der Bevölkerung bei der Gestaltung des städtischen Raums und städtischer Prozesse mittels smarterer Lösungen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1642. 2019/315

Postulat von Elisabeth Schoch (FDP), Yasmine Bourgeois (FDP) und 17 Mitunterzeichnenden vom 03.07.2019:

Förderung der digitalen Kompetenz der Bevölkerung und der Unternehmen im Rahmen der Smart City Strategie

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Marcel Bührig (Grüne) stellt namens der Grüne-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1643. 2019/317

Postulat von Elisabeth Schoch (FDP), Yasmine Bourgeois (FDP) und 16 Mitunterzeichnenden vom 03.07.2019:

Bereitstellen der notwendigen Daten und Ressourcen im Rahmen der Smart City Strategie mit der Zielsetzung einer zukunftsweisenden Infrastruktur

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Patrik Maillard (AL) stellt namens der AL-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1644. 2019/184**Bericht der Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsfrau) für das Jahr 2018**

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat den Bericht der Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsfrau) für das Jahr 2018 in Anwendung von Art. 37 Abs. 3 der Gemeindeordnung geprüft (vgl. Bericht und Antrag der GPK vom 8. Juli 2019).

Referent zur Vorstellung des Berichts: Vizepräsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)

Schlussabstimmung

Die GPK beantragt, den Bericht der Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsfrau) für das Jahr 2018 abzunehmen.

Zustimmung: Vizepräsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Referent; Präsidentin Christine Seidler (SP), Monika Bättschmann (Grüne), Duri Beer (SP), Natalie Eberle (AL), Urs Helfenstein (SP), Simon Kälin-Werth (Grüne), Maleica Landolt (GLP), Matthias Renggli (SP), Michael Schmid (FDP), Martina Zürcher (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK mit 112 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Der Bericht der Beauftragten in Beschwerdesachen (Ombudsfrau) für das Jahr 2018 wird abgenommen.

Das Geschäft ist erledigt.

1645. 2019/236**Bericht des Datenschutzbeauftragten für das Jahr 2018**

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat den Tätigkeitsbericht 2018 des Datenschutzbeauftragten der Stadt Zürich (DSB) in Anwendung von Art. 37 Abs. 3 der Gemeindeordnung geprüft (vgl. Bericht und Antrag der GPK vom 2. September 2019).

Referent zur Vorstellung des Berichts: Vizepräsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)

Schlussabstimmung

Die GPK beantragt, den Bericht des Datenschutzbeauftragten für das Jahr 2018 abzunehmen.

Zustimmung: Vizepräsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Referent; Monika Bättschmann (Grüne), Duri Beer (SP), Urs Helfenstein (SP), Simon Kälin-Werth (Grüne), Matthias Renggli (SP), Michael Schmid (FDP), Martina Zürcher (FDP)
 Enthaltung: Natalie Eberle (AL)
 Abwesend: Präsidentin Christine Seidler (SP), Maleica Landolt (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der GPK mit 106 gegen 0 Stimmen (bei 10 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Der Tätigkeitsbericht 2018 des Datenschutzbeauftragten wird abgenommen.

Das Geschäft ist erledigt.

1646. 2018/376

**Postulat von Martin Götzl (SVP) und Thomas Schwendener (SVP) vom 26.09.2018:
Nutzbarmachung des Gebiets «Gugel/Hürst» in Zürich-Seebach für Sporttreibende**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Thomas Schwendener (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 411/2018).

Simon Kälin-Werth (Grüne) begründet den namens der Grüne-Fraktion am 7. November 2018 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 79 gegen 37 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1647. 2018/383

**Postulat der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 03.10.2018:
Schaffung eines Angebots an Waldkindergärten in allen Schulkreisen der Stadt**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Isabel Garcia (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 444/2018).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 73 gegen 39 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1648. 2018/386

**Postulat von Thomas Schwendener (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom 03.10.2018:
Erweiterung der Sportanlage Eichrain mit zusätzlichen Garderoben, Duschen und einer Flutlichtanlage**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Thomas Schwendener (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 447/2018).

Marcel Bührig (Grüne) begründet den namens der Grüne-Fraktion am 31. Oktober 2018 gestellten Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Sportanlage «Eichrain» in Zürich-Seebach durch zusätzliche Garderoben mit Duschen für die Fussballspielenden ~~und durch den Bau einer Flutlichtanlage für die sechs Tennisplätze optimaler genutzt werden kann. Zu prüfen ist auch, ob sich der Betrieb einer Tragluft-halle für zwei der sechs Tennisplätze als sinnvoll erweist.~~

Thomas Schwendener (SVP) ist mit der Textänderung nicht einverstanden.

Das Postulat wird mit 93 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1649. 2018/414

Postulat von Yasmine Bourgeois (FDP), Corina Ursprung (FDP) und 12 Mitunterzeichnenden vom 31.10.2018:

Integration von Seniorinnen und Senioren in die Betreuung von Klein- und Schulkindern

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Yasmine Bourgeois (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 515/2018).

Walter Angst (AL) begründet den namens der AL-Fraktion am 14. November 2018 gestellten Ablehnungsantrag.

Barbara Wiesmann (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie Seniorinnen und Senioren in die Betreuung von Klein- und Schulkindern integriert werden können, und wo dabei die Grenzen liegen. So sollen Synergien genutzt und gleichzeitig ein Mehrwert für die junge und die älteren Generationen geschaffen werden. Dabei sollen verschiedene Modelle auf ihre Praktikabilität, ihren gesellschaftlichen Mehrwert und ihre finanziellen Konsequenzen hin überprüft werden. Die Erkenntnisse sollen in künftige Projekte im Bereich der Kinderbetreuung wie auch der Unterbringung, Beschäftigung und Betreuung älterer Personen einfließen.

~~Insgesamt soll dabei Kostenneutralität angestrebt werden, indem die zusätzlichen Kosten durch ein gebremstes Wachstum in anderen Bereichen (Raum, Personal, weitere Angebote etc.) mindestens aufgefangen werden können.~~

Private Institutionen im Bereich der Betreuung von Kindern und der Unterbringung, Beschäftigung und Betreuung älterer Personen sind mit einzubeziehen, sofern seitens dieser Privaten ein entsprechender Wunsch besteht.

Wo älteren Personen Aufgaben zugewiesen werden, kann der Einsatz als Freiwilligenarbeit erfolgen oder aber ganz oder teilweise finanziell vergütet werden.

Yasmine Bourgeois (FDP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 90 gegen 24 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1650. 2018/439

Interpellation von Pascal Lamprecht (SP) und Urs Helfenstein (SP) vom 14.11.2018:

Raumbedarfsstrategie Sport, Übersicht über die offiziell in der Stadt betriebenen Sportarten, der Sportanlagen und der Auslastung dieser Anlagen sowie Angaben betreffend die stadtinternen Abläufe bei der Bedarfsanmeldung und die Kompetenzverteilung innerhalb der Verwaltung

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 363 vom 9. Mai 2019).

Pascal Lamprecht (SP) nimmt Stellung.

Das Geschäft ist erledigt.

1651. 2018/469

Postulat von Isabel Garcia (GLP) und Markus Baumann (GLP) vom 28.11.2018: Erweiterung des Betriebskonzepts des Letzigrund-Stadions auf die Mannschafts-Rasensportarten American Football und Rugby

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Isabel Garcia (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 636/2018).

Përparim Avdili (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 19. Dezember 2018 gestellten Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie nach Inbetriebnahme des Fussballstadions auf dem Hardturm-Areal das Betriebskonzept des Letzigrund-Stadions dahingehend angepasst werden kann, dass neben der Leichtathletik, kulturellen Events, Wohltätigkeitsveranstaltungen sowie Nutzungen durch nichtkommerzielle Fussballclubs auch weitere Sportarten (zum Beispiel Rugby und American Football) inkl. Frauenmannschaften und Sport-Veranstaltungen ~~die Mannschafts-Rasensportarten American Football und Rugby~~ dort eine neue Heimat finden. Dabei soll auch geprüft werden, wie der Parkplatz auf dem Stadiongelände für sportliche Aktivitäten umgenutzt werden kann.

Pascal Lamprecht (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie nach Inbetriebnahme des Fussballstadions auf dem Hardturm-Areal das Betriebskonzept des Letzigrund-Stadions dahingehend angepasst werden kann, dass neben der Leichtathletik, kulturellen Events, Wohltätigkeitsveranstaltungen sowie Nutzungen durch nichtkommerzielle Fussballclubs auch die Mannschafts-Rasensportarten American Football und Rugby dort eine neue Heimat finden. Dabei soll auch geprüft werden, wie der Parkplatz auf dem Stadiongelände für sportliche Aktivitäten umgenutzt werden kann. Grundsätzlich soll der Letzigrund mit seinen Nebenplätzen weitestgehend der Öffentlichkeit zugänglich sein.

Markus Baumann (GLP) ist mit den Textänderungen einverstanden.

Angenommene Textänderungen:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie nach Inbetriebnahme des Fussballstadions auf dem Hardturm-Areal das Betriebskonzept des Letzigrund-Stadions dahingehend angepasst werden kann, dass neben der Leichtathletik, kulturellen Events, Wohltätigkeitsveranstaltungen sowie Nutzungen durch nichtkommerzielle Fussballclubs auch weitere Sportarten (zum Beispiel Rugby und American Football) inkl. Frauenmannschaften und Sport-Veranstaltungen ~~die Mannschafts-Rasensportarten American Football und Rugby~~ dort eine

neue Heimat finden. Dabei soll auch geprüft werden, wie der Parkplatz auf dem Stadiongelände für sportliche Aktivitäten umgenutzt werden kann. Grundsätzlich soll der Letzigrund mit seinen Nebenplätzen weitestgehend der Öffentlichkeit zugänglich sein.

Das geänderte Postulat wird mit 83 gegen 14 Stimmen (bei 18 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1652. 2019/379

Beschlussantrag der SP-, Grüne- und AL-Fraktion und der Parlamentsgruppe EVP vom 11.09.2019:

Resolution für eine nukleare Abrüstung und für die Unterzeichnung des von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrags zum Verbot von Atomwaffen

Von der SP-, Grüne- und AL-Fraktion und der Parlamentsgruppe EVP ist am 11. September 2019 folgender Beschlussantrag eingereicht worden:

Dem Gemeinderat wird beantragt, eine Resolution mit folgendem Wortlaut zu verabschieden: «Die Stadt Zürich ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellt. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohnerinnen und Einwohner das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüssen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern den Bundesrat zum Beitritt auf.»

Begründung:

Siedlungszentren sind im Ernstfall die primären Ziele eines atomaren Angriffs. Damit sind Städte direkt betroffen und müssen sich in die Diskussion zu dieser Frage einmischen. Atomwaffen sind konzipiert, um Menschen und Infrastruktur gigantischen Schaden zuzufügen. Die sogenannte nukleare Abschreckung basiert auf der Drohung, die wichtigsten Orte eines Landes anzugreifen.

Aus diesem Grund hat die Friedensnobelpreisträgerin ICAN (Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen) den Städteappell lanciert. In der Schweiz unterstützen aktuell die Städte Genf und Bern den Appell. Die Stadt Zürich ist bereits Mitglied des Netzwerks «Mayors for Peace», das die nukleare Abrüstung fordert. Da ist es nur folgerichtig, jetzt diese konkrete und aktuelle Kampagne für ein Verbot von Atomwaffen zu unterstützen.

Der UN-Vertrag würde den Einsatz, die Androhung des Einsatzes, die Herstellung, die Lagerung, den Erwerb, den Besitz, die Stationierung, die Weitergabe sowie Tests von Atomwaffen verbieten, ebenso die Unterstützung dieser verbotenen Tätigkeiten. Das wäre ein grosser Schritt hin zu einer nuklearen Abrüstung. Der Vertrag tritt in Kraft, sobald ihn 50 Staaten ratifiziert haben. Bis 1. Juli 2019 haben 23 Staaten diesen Schritt vollzogen.

Der Bundesrat will den Vertrag bislang nicht unterschreiben, obwohl National- und Ständerat 2018 eine Motion überwiesen haben, die genau das fordert.

Mitteilung an den Stadtrat

1653. 2019/380

Motion von Guido Hüni (GLP), Sebastian Vogel (FDP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 11.09.2019:

Vollständige Deckung des Gasbedarfs der Stadt und ihrer Institutionen durch Biogas

Von Guido Hüni (GLP), Sebastian Vogel (FDP) und 2 Mitunterzeichnenden ist am 11. September 2019 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung mit den notwendigen Massnahmen vorzulegen, die sicherstellen, dass die Stadt Zürich und alle ihre Institutionen ihren Gasbedarf rasch durch 100% Biogas decken.

Begründung:

Durch den Einsatz von Biogas kann rasch eine signifikante Reduktion der CO₂-Emissionen in der Stadt Zürich erreicht werden. Der Gebäudesektor in der Stadt Zürich ist für rund 50% der CO₂-Emissionen verantwortlich. Der grösste Teil der Wärmeproduktion für Gebäude erfolgt heute durch Öl- (22,3%) und Gaskessel (55,4%). Im Jahr 2018 lag der Biogasanteil am Gasabsatz für Wärme in der Stadt Zürich bei lediglich 8 Prozent von rund 2200 GWh - bei einem Biogasanteil von 10% in dem Standardprodukt von Energie 360°.

In den städtischen Dienstabteilungen und den Objekten der Liegenschaftsverwaltung erfolgt aktuell noch ein erheblicher Anteil der Wärmeproduktion ohne Biogas. Beispielsweise betrug der Verbrauch an thermischer Energie der städtischen Dienstabteilungen, die in einer kantonalen Zielvereinbarung eingebunden sind (inkl. Spitäler Triemli und Waid, ohne Objekte der Liegenschaftsverwaltung) 2018 rund 113 GWh. Der Verbrauch dieser Grossverbraucher umfasst schätzungsweise rund 50% des gesamten Verbrauchs thermischer Energie der Stadtverwaltung. Würden alle städtischen Dienstabteilungen und die Objekte der Liegenschaftsverwaltung ihren Gasbedarf mit Biogas decken, würde sich der heutige Biogasanteil voraussichtlich mehr als verdoppeln. Die aktuelle Energieplanung der Stadt Zürich wird durch den Vorstoss nicht tangiert.

Mitteilung an den Stadtrat

1654. 2019/381

Motion von Brigitte Fürer (Grüne), Gabriele Kisker (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden vom 11.09.2019:

Erlass für den Schutz des bestehenden Baumbestands sowie zur Förderung von Neupflanzungen grosskroniger Bäume und von ökologisch wertvollen Strukturen

Von Brigitte Fürer (Grüne), Gabriele Kisker (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden ist am 11. September 2019 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert, einen Entwurf für einen Erlass vorzulegen, der den Schutz bestehender Einzelbäume, Baumreihen und Alleen gewährleistet, die Neupflanzungen grosskroniger Bäume fördert sowie weitere ökologisch wertvollen Strukturen auf öffentlichen und privaten Flächen bereitstellt. Das Ziel ist, einen alterungsfähigen Baumbestand und Grünstrukturen zu erhalten und weiterzuentwickeln, welche die Biodiversität fördern und garantieren.

Begründung:

Die Stadt Zürich verfügt über keine adäquaten Strategie, wie ein alterungsfähiger Baumbestand durch Schutz und Förderung auch künftigen Generationen erhalten werden kann. Dieses Anliegen wurde von den Grünen schon mehrmals in Vorstössen gefordert. z.B. in der Motion 2009/533 (U. Nagel/Daniel Leupi). Dass die Durchgrünung der Städte insbesondere bei den Hitzesommern nebst der Frischluftzufuhr für die Lebensqualität essentiell ist, ist mehrfach belegt. Dass alte Bäume von grossem ökologischem Wert sind ebenfalls. In der Stadt Zürich werden Innenentwicklung (Verdichtung) und Anliegen nach Frei- und Grünstrukturen jedoch immer noch als Zielkonflikte betrachtet. So z.B. in der Klimaanalyse Stadt Zürich (KLAZ) Kap. 3.2.2. Dass insbesondere Freiraum- und Grünstrukturen, im Speziellen Einzelbäume, Baumreihen und Alleen, zusätzlich viel zur Identität in einem Quartier beitragen, ist ebenfalls unbestritten.

Weder für die öffentlichen noch für die privaten Flächen existiert in der Stadt Zürich, -ausser wenigen Gebieten am Zürichberg- ein Baumschutz. Das Fällen eines Baumes braucht in der Stadt Zürich zudem keine Bewilligung –ausgenommen in den wenigen Baumschutzgebieten am Zürichberg. Selbst in den „Schutzzo-

nen“ wie Kern- und Quartiererhaltungszonen sind die Bäume nicht geschützt. Obwohl die damalige Stadterweiterung zusammen mit den Freiraum- und Grünstrukturen geplant und die Freiräume inklusive Baumreihen und Alleen dann auch gepflanzt wurden. Davon profitieren die folgenden Generationen.

Es ist aufzuzeigen:

Wie der Baumschutz umgesetzt werden kann. Schutzverordnung, Ergänzungsplan, Unterbauungsziffer u.ä..

Wie die Instrumente der Sondernutzungsplanung zum Erhalt und der Förderung von Bäumen und Grünstrukturen genutzt werden können und der Artikel 2 octies der Gemeindeordnung umgesetzt werden kann.

Wie bei Baustellen der Schutz bestehender Bäume, inkl. Wurzelbereich und Grünstrukturen, gewährleistet werden kann. Z.B. durch das Definieren von Mindestanforderungen und Kontrolle der Umsetzung vor Ort.

Bei Strassenbäumen durchgängige, unversiegelte Baumscheiben geschaffen werden können, die ohne Streusalz bewirtschaftet werden.

Wie zusätzliche ökologische Flächen geschaffen werden können. Z.B. extensive Begrünung aller städtischen Gebäude, inkl. Kleingebäude wie Wartehäuschen etc.

Wie private GrundeigentümerInnen unterstützt werden können beim Erhalt von Bäumen und Grünstrukturen, z.B. Schaffen eines Fonds o.ä.

Da die Zeit drängt sind kurzfristige Massnahmen vorzusehen, die sofort umgesetzt werden können. Auf Stufe Planung, Projektierung, Baubewilligung und Unterhalt soll der Ermessensspielraum zu Gunsten dieser Anliegen genutzt werden (U.a. Erhalt Quartier- und Ortsbildprägender Bäume).

Mitteilung an den Stadtrat

1655. 2019/382

Postulat von Maria del Carmen Señorán (SVP) und Emanuel Eugster (SVP) vom 11.09.2019:

Bericht mit allen «Lessons Learned» nach Abschluss der Sanierung von Kongresshaus und Tonhalle zur Verhinderung künftiger Planungsfehler und Kostenüberschreitungen

Von Maria del Carmen Señorán (SVP) und Emanuel Eugster (SVP) ist am 11. September 2019 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert, nach Abschluss der Sanierung von Kongresshaus und Tonhalle einen Bericht mit allen «Lessons Learned» vorzulegen. Der Bericht soll darlegen, welche Massnahmen im Hochbaudepartement und beim Stadtrat vorgesehen werden, um künftig Planungsfehler und Kostenüberschreitungen zu verhindern. Ebenfalls soll der Bericht darlegen, wer für die Kostenüberschreitungen verantwortlich ist.

Begründung:

Trotz langer Vorbereitung führt die Sanierung des Kongresshauses zu Kostenüberschreitungen, die einen Zusatzkredit von CHF 9.4 Mio. zur Folge haben. Immer wieder ist es bei Bauprojekten der Stadt in den letzten Jahren zu Kostenüberschreitungen gekommen. Um künftig Kostenüberschreitungen zu verhindern, soll der Bericht darlegen, welches die «Lessons Learned» bei der Sanierung des Kongresshauses sind. Der Bericht soll auch aufzeigen, wer die Verantwortung trägt für die Kostenüberschreitung.

Die im Bericht aufgeführten Empfehlungen beispielsweise in Form von Check-Listen, neu definierten Prozessen oder Anforderungen an die Governance, sollen künftig für alle Bauvorhaben der Stadt Zürich in der Planungsphase gelten sowie laufend ergänzt werden.

Mitteilung an den Stadtrat

Der Beschlussantrag, die zwei Motionen und das Postulat werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

1656. 2019/383

Schriftliche Anfrage von Marcel Tobler (SP) und Nadia Huberson (SP) vom 11.09.2019:

Finanzielle Belastung der Familien durch die familienergänzende Kinderbetreuung, mögliche Massnahmen für eine stärkere Entlastung subventionsberechtigter Familien und für eine bessere Teilnahme junger Eltern am Arbeitsmarkt

Von Marcel Tobler (SP) und Nadia Huberson (SP) ist am 11. September 2019 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Familienergänzende Kinderbetreuung ist zentral für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Betreuungskosten, vor allem im Vorschulalter, belasten die Haushaltsbudgets erheblich. Eine Vollzeitbetreuung in der Kinderkrippe kostet monatlich rund 2400 Franken – pro Kind. Auch mit einkommensabhängigen Subventionen und Hilfe von Verwandten oder Nachbarn sind junge Eltern – häufig die Mütter – während mehreren Jahren gezwungen, in tiefen Teilzeitpensen zu arbeiten, auf Einkommen und Sozialleistungen zu verzichten und ihre Karriere zu gefährden. Gleichzeitig fehlen Fachkräfte am Arbeitsmarkt und Frauen in Führungspositionen.

Eine stärkere Subventionierung der Betreuungskosten würde Familien entlasten, eine bessere Teilnahme junger Eltern am Arbeitsmarkt ermöglichen, die Gleichstellung fördern und Karriereknicks verhindern. Höhere Arbeitspensen und Einkommen leisten auch mehr Beiträge an die Sozialwerke und die Refinanzierung der Ausbildung. Gleichzeitig reduzieren sie das Armutsrisiko und die Sozialausgaben nach Trennungen.

Gemäss städtischem Report Kinderbetreuung vom Mai 2019 steigt zwar das Angebot an Kitaplätzen in der Stadt Zürich kontinuierlich, allerdings werden nur rund 40 % des Gesamtangebots an Kitaplätzen subventioniert. Die Eltern tragen seit Jahren unverändert rund zwei Drittel der gesamten städtischen Betreuungskosten, die Stadt beteiligt sich nur zu knapp einem Drittel. Hier besteht Steigerungspotenzial.

Das städtische Subventionsmodell enthält mehrere diesbezügliche Ansatzpunkte: Erhöhung des subventionsberechtigten massgebenden Einkommens, Erhöhung der Abzüge für die Lebenshaltungskosten, Senkung der Minimal- und/oder der Maximalbeiträge pro Betreuungstag, Preisabstufungen für mehrere betreute Kinder pro Familie oder eine einkommensabhängige Progression. Denkbar ist auch die volle Subventionierung aller Plätze, also kostenlose Kitas, entweder vom Eintritt bis zum Übertritt in den Kindergarten oder für die ersten ein, zwei Jahre. Allerdings wären jeweils auch Wechselwirkungen und steuerliche Auswirkungen zu beachten.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche der oben genannten Massnahmen oder Kombinationen davon würden zu einer stärkeren Entlastung der subventionsberechtigten Familien führen und in welchem Umfang? Bitte um einen Vergleich in einer Modellrechnung.
2. Mit welchen dieser Massnahmen oder Kombinationen davon wären mehr Familien als heute subventionsberechtigigt und in welchem Ausmass?
3. Welche dieser Massnahmen oder Kombinationen davon wären dazu geeignet, die Teilnahme der jungen Eltern, insbesondere der Mütter, am Arbeitsmarkt deutlich zu fördern?
4. Welcher Massnahmen-Mix wäre dazu geeignet, eine Subventionierung von mindestens der Hälfte der gesamten städtischen Kinderbetreuungskosten im Vorschulalter zu erreichen?

Mitteilung an den Stadtrat

1657. 2019/384

Schriftliche Anfrage von Dr. Christian Monn (GLP) und Isabel Garcia (GLP) vom 11.09.2019:

Grund- und Trinkwasserbelastung mit Pestiziden und deren Abbaustoffen, Ergebnisse der analysierten Quell-, See- und Grundwasserfassungen in der Stadt sowie mögliche Auswirkungen der Klimaerwärmung auf die Trinkwasserqualität

Von Dr. Christian Monn (GLP) und Isabel Garcia (GLP) ist am 11. September 2019 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Wie ein neuer Bericht des Bundes zeigt, sind Grundwasser- und Trinkwasserfassungen immer stärker durch Pestizide und deren Abbaustoffe belastet (Beispiel: Abbaustoff von Chlorothalonil). Im Kanton Zürich wurden

bei einem Drittel aller untersuchten Grundwasserfassungen die Grenzwerte für diesen Stoff überschritten. In der Stadt Zürich sind offenbar keine Grundwasser- und Trinkwasserfassungen davon betroffen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele Quell-, See- und Grundwasserfassungen existieren in der Stadt Zürich und welche davon wurden in diese Untersuchung einbezogen?
2. Sollten Quell-, See- und Grundwasserfassungen auf Stadtzürcher Boden Teil der Messungen gewesen sein, bitten wir um Publikation der entsprechenden Resultate.
3. War dies eine einmalige Messkampagne oder ist vorgesehen, diese spezifischen Analysen regelmässig durchzuführen?
4. Gibt es Überlegungen, wie sich die Trinkwasserqualität und die Versorgung der Haushalte mit Trinkwasser in der Stadt Zürich als Folge der Klimaerwärmung verändern werden? (Beispiele: erhöhte mikrobielle Belastung, höhere Konzentration von Abbauprodukten von Chemikalien, Pestiziden etc.).
5. Welches betrachtet die Stadt als die grössten drei Risiken und warum?
6. Gibt es bereits eine Planung, wie solchen allfälligen Risiken begegnet werden kann? Wenn ja, welches sind die drei wichtigsten geplanten Massnahmen?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

1658. 2019/147

Schriftliche Anfrage von Guido Hüni (GLP) und Ronny Siev (GLP) vom 10.04.2019: Flugreisen von städtischen Angestellten und Behördenmitgliedern, Anzahl der Flüge innerhalb Europa und nach Übersee in Erfüllung einer städtischen Aufgabe sowie Angaben über die geleisteten CO₂-Kompensationen

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 779 vom 4. September 2019).

1659. 2019/162

Schriftliche Anfrage von Muammer Kurtulmus (Grüne) und Katharina Prelicz-Huber (Grüne) vom 17.04.2019: Integrationspolitische Ziele der Stadt, Rolle der MigrantInnenorganisationen aus Sicht der Integrationsförderung bei den Integrationsarbeiten und bei der Umsetzung der städtischen Integrationspolitik sowie Unterstützung der Organisationen bei der Übernahme von soziokulturellen Aktivitäten

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 744 vom 28. August 2019).

1660. 2019/164

Schriftliche Anfrage von Mischa Schiow (AL) vom 17.04.2019: Kriterien und Gewichtung des Quartier-Bezugs für die Erstvermietung in der städtischen Wohnüberbauung im Areal Hornbach

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 746 vom 28. August 2019).

1661. 2019/253

Schriftliche Anfrage von Barbara Wiesmann (SP), Michael Kraft (SP) und 1 Mitunterzeichnenden vom 05.06.2019:

Förderung von nachhaltigen und fossilfreien Heizungen, Angaben über die Entwicklung der Heizsysteme der Liegenschaften in der Stadt und über die ausbezahlten Fördermassnahmen sowie Beurteilung des zusätzlichen Potentials an Finanzierungs- und Fördermechanismen

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 747 vom 28. August 2019).

1662. 2018/265

Weisung vom 11.07.2018:

Human Resources Management, Teilrevision des Personalrechts betreffend Beendigung Arbeitsverhältnis

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 26. Juni 2019 ist am 2. September 2019 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 18. September 2019.

1663. 2018/436

Weisung vom 14.11.2018:

Amt für Städtebau, Privater Gestaltungsplan «Baugarten», Zürich-City, Kreis 1

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 26. Juni 2019 ist am 2. September 2019 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 18. September 2019.

Nächste Sitzung: 18. September 2019, 17 Uhr.